



## Mit Francois Hollande zum sozialen Europa?

Einige Tage vor der Wahl 1993 wurde der damalige sozialistische Minister für Industriepolitik, Dominique Strauss-Kahn, vom Wall Street Journal gefragt: »Was wird sich ändern, wenn die Rechte gewinnt?« Und er antwortete: »Nichts. Ihre Wirtschaftspolitik wird nicht viel anders sein als unsere.«<sup>1</sup>

»Nach allem, was die britischen Sozialisten vor zehn Jahren gemacht haben, wäre es vielleicht an der Zeit, wenn die französische Rechte jetzt dasselbe in Angriff nähme.«

*Nicolas Sarkozy am 30.8.2007  
bei der Sommeruniversität des  
französischen Unternehmerverbandes Medef.<sup>2</sup>*

Erfolg mit Francois Hollande bei der Präsidentschaftswahl, eine eigene, absolute Mehrheit in der Nationalversammlung und eine Mehrheit in der zweiten Parlamentskammer des Senats – deutlicher konnte der Sieg der französischen Sozialisten im Wahlmarathon 2012 kaum ausfallen.<sup>3</sup> Weist Frankreich den Weg für eine Renaissance der europäischen Sozialdemokratie?

Schon zuvor gab es erste Anzeichen für einen allmählichen politischen Stimmungswechsel im bislang fast durchgängig rechts regierten Europa. Bei der Parlamentswahl im September 2011 verlor die Rechtskoalition von Løkke Rasmussen in Dänemark die Mehrheit. Eine von der linken Rot-Grünen Einheitsliste tolerierte Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten, Linkliberalen und Sozialistischer Volkspartei wurde gebildet. Im März 2011 gewann die sozialdemokratische Smer-SD von Robert Fico deutlich die Wahl in der Slowakei. Eine anhaltende und breite Protestbewegung gegen die Austeritätspolitik der rumänischen Rechtsregierung erzwang den Rücktritt des Premierministers und führte im Mai 2012 zur Bildung einer Mitte-Links-Regierung aus Sozialisten und Nationalliberalen. Deren Bündnis Sozialliberale Union (USL) gewann die Regional- und Kommunalwahlen im Juni 2012 und hofft, bei den Parlamentswahlen im November 2012 im Amt bestätigt zu werden.

---

### Klaus Dräger

ist Fraktionsmitarbeiter der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europaparlament und Koordinator des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.



## »Es kommt die Zeit, in der das Wünschen wieder hilft« (Die Toten Hosen)

Bei den Kommunalwahlen in Italien im Mai 2012 mussten Berlusconi's Popolo della libertà (PdL) und Bossis Lega Nord dramatische Verluste einstreichen. Stärkste Kraft wurde die Demokratische Partei (PD). Ebenso erlitten die britischen Konservativen und Liberalen bei den Kommunalwahlen im Mai eine empfindliche Niederlage, Labour triumphierte. Noch sehr vorsichtig und verhalten wächst die Zuversicht bei den Mitte-Links-Parteien, dass diese Trends sich in den nächsten Jahren bei Parlamentswahlen fortsetzen werden. In Deutschland hoffen SPD und Grüne, bei der Bundestagswahl 2013 Angela Merkel aus dem Amt vertreiben zu können.

In den Niederlanden liegt die Sozialistische Partei (SP) in Umfragen vor der vorgezogenen Parlamentswahl im September 2012 mit rund 20 Prozent an zweiter Stelle und hat die sozialdemokratische PvdA als bisher führende Oppositionskraft klar überholt. Das Bündnis der radikalen Linken Syriza kam bei der Wahl im Juni 2012 in Griechenland mit fast 27 Prozent der Stimmen auf den zweiten Platz. In Kreisen links der Sozialdemokratie erblicken manche in dieser politischen Gemengelage den Silberstreif am Horizont: Eine ›Linkswende in Europa‹ könne möglich werden. Es bestehe eine realistische Chance, dass Sozialdemokraten, Grüne und Linke in einigen wichtigen EU-Ländern in unterschiedlichen Konstellationen künftig an die Regierung kommen – nach Frankreich und Dänemark zum Beispiel in Italien, Deutschland, den Niederlanden. So könne eine Konstellation in der EU entstehen, die eine schrittweise Abkehr von Austeritätspolitik und neoliberalen Struktur-reformen ermöglicht.

### Mitte-Links in Europa: »Boulevard of broken dreams«

François Hollandes Sozialisten versprechen nicht einen völligen Bruch mit der von der EU und Deutschland verordneten Austeritätspolitik in der Eurokrise, sondern eine »finanzielle Konsolidierung mit Augenmass«. Eine »ausgewogenere Politik«, die Sparen mit Wachstum verbindet, ist aktuell das gemeinsame Credo der meisten Mitte-Links Formationen in Europa.

Déjà vu: Etwa ab Mitte der 1990er-Jahre thematisierten dieselben Mitte-Links Parteien schon einmal eine »soziale Gerechtigkeitslücke« in Europa. Im Vorlauf zur Europäischen Währungsunion hatten die damals in den Kernländern vorherrschenden Konservativen Austeritätsprogramme verordnet, um die staatlichen Defizite und die Inflation unter



die Konvergenzkriterien zu drücken, die mit dem Vertrag von Maastricht vereinbart worden waren. In den einkommensschwächeren Schichten der Bevölkerung wuchs allmählich eine diffuse Proteststimmung gegen die Folgen dieser Programme. Sie wollten zumindest eine Auszeit von den härtesten Zumutungen der unter dem Europäischen Binnenmarktprogramm verfolgten Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik und dem Abbau des Sozialstaats.

Die sozialdemokratischen Parteien und ihre Bündnispartner versprachen, zuhause und in Europa die »soziale Balance« wieder herzustellen. Eine wesentliche Rolle in den Debatten des Mainstreams im Mitte-Links-Spektrum dieser Zeit spielte die angeblich gelungene Verbindung von Beschäftigungsaufbau, Flexibilität und sozialer Sicherheit in den sozial-liberal regierten »Jobwunderländern« Niederlande und Dänemark, die eine moderne sozialstaatliche Alternative zur neoliberalen Revolution à la Reagan und Thatcher böten. Auf europäischer Ebene setzten sie sich dafür ein, ein Beschäftigungskapitel in den Vertrag aufzunehmen und die Bestimmungen zur Sozialpolitik zu überarbeiten.

Vor diesem Hintergrund begann der Aufstieg von Mitte-Links in Europa: 1996 gewann das Ulivo-Bündnis unter Romano Prodi die Mehrheit im italienischen Parlament, 1997 siegte Tony Blairs New Labour in Grossbritannien und Lionel Jospins Gauche Plurielle (Sozialisten, Grünen, Kommunisten) in Frankreich, 1998 beendete der Erdrutschsieg von Rot-Grün in Deutschland die Ära Helmut Kohl. 1998 wurden nur noch zwei von damals 15 Mitgliedstaaten der EU nicht von Koalitionen geführt, in denen sozialdemokratische Parteien eine tragende Rolle spielten. Mit diesen Mehrheiten in Europa – so hofften viele in den Gewerkschaften, den sozialdemokratischen Parteien, im Umfeld von Grünen und Postkommunisten – könnte der bisherige neoliberale Kurs der EU verändert und das »soziale Europa« schrittweise verwirklicht werden.

Ein Jahr lang – von 1998 bis März 1999 – wurde um die strategische Ausrichtung des Mitte-Links-Projekts für Europa gerungen. Der binnenwirtschaftsorientierte »Eurokeynesianismus« von Oskar Lafontaine stand dem »Dritten Weg« von Tony Blair und Gerhard Schröder gegenüber, der auf Liberalisierung und »linke Angebotspolitik« setzte. Für einen Durchbruch von Lafontaines »Eurokeynesianismus« hing alles davon ab, dass in der EU eine neue deutsch-französische Achse auf dieser Linie zustande käme. Zunächst ergaben sich interessante Öffnungen in diese Richtung. Eine europäische Initiative zur Regulierung globaler Finanzmärkte und zur Verhandlung von Wechselkurs-Zielzonen zwischen US-Dollar, Euro und Yen, eine verbindlichere Koordinierung und Teil-



harmonisierung der Steuerpolitiken in der EU zur Bekämpfung von Steuerdumping, eine europäische ›Wirtschaftsregierung‹ für sozialen Fortschritt, die Abschöpfung der Überschussreserven der nationalen Zentralbanken für Beschäftigungsprogramme, die Lockerung der Geldpolitik der EZB – diese und ähnliche Ideen wurden vor allem von Romano Prodi, Massimo D'Alema, Dominique Strauss-Kahn und Oskar Lafontaine 1998 auf einem informellen EU-Gipfel im österreichischen Pörschach ins Spiel gebracht. Norman Birnbaum bilanzierte: »Lafontaine besass eine ökonomische und soziale Vision für Europa, die es mit Kohls politischem Projekt aufnehmen konnte.« (Birnbaum 1999).

Daraus wurde bekanntlich nichts: »Die Franzosen hielten sich auffällig zurück, die Briten zeigten höfliche Feindschaft, die Vereinigten Staaten offene Verachtung. Jetzt muss Frankreich dafür bezahlen; Paris wird es mit einem Grossbritannien zu tun bekommen, das Jospins ›gouvernement economique‹ ablehnt, und mit einem deutschen Kanzler, der dem nationalen Kapital verpflichtet ist.« Bemerkenswert ist, dass die linken Flügel von Sozialdemokratie und Grünen, die Kommunisten (PCF, Rifondazione Comunista) wie auch die Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung völlig abgetaucht waren. Sie nahmen nicht einmal wahr, dass es hier um zentrale Machtfragen, den künftigen Kurs Europas und die Reformspielräume zuhause in ihren Ländern ging. Das sagt alles über ihre Ernsthaftigkeit als Akteure, die angeblich stets engagiert für eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links kämpfen. Lafontaine – »der gefährlichste Mann Europas«, wie die Financial Times damals titelte – blieb isoliert, das Gespenst des ›Eurokeynesianismus‹ war gebannt. Sein Rücktritt als deutscher Finanzminister und Vorsitzender der SPD am 11. März 1999 war die logische Konsequenz der Niederlage gegenüber dem ›Dritten Weg‹ Schröders und Blairs.

### **»Sicherheit im Wandel« (Gerhard Schröder)**

Der anschliessend eingeschlagene ›Reformkurs‹ der Mitte-Links-Regierungen in Europa unterschied sich nicht wesentlich von dem ihrer bürgerlich-konservativen Vorgänger. Die staatlichen Ausgaben wurden gekürzt, um »gesunde öffentliche Finanzen zu erreichen«, die Steuerbelastung von Unternehmen gesenkt, um »mehr wirtschaftliche Dynamik« zu erzeugen. Auch sie trieben die Liberalisierung der Finanzmärkte, des Welthandels und der Dienstleistungen weiter voran, ›Strukturreformen‹ für flexiblere Arbeitsmärkte und den Ausbau des Niedriglohnssektors eingeschlossen. ›Reformen‹ der sozialen Sicherungssysteme



nach dem Leitbild des »aktivierenden Sozialstaats« sollten Eigenvorsorge, Eigenverantwortung und Selbsthilfe anregen – Teilprivatisierung der Rentensysteme, mehr Markt, Wettbewerb und Pflicht zur privaten Zuzahlung in den Gesundheitssystemen, mehr Druck auf Arbeitslose mit Sanktionen, wenn nicht jede noch so schlecht entlohnte oder perspektivlose Beschäftigung angenommen wird. Dies wurde auf nationalstaatlicher Ebene auf durchaus unterschiedlichen »Reformpfaden« in Angriff genommen, die in die gleiche Richtung gingen (vgl. Dräger 2004).

Der Unterschied zum Neoliberalismus der bürgerlichen Kräfte lag eher in den Methoden zur Bearbeitung des »überholten Konflikts zwischen Arbeit und Kapital« (Einbindung der Gewerkschaften in wettbewerbskorporatistische Innovationsbündnisse statt direkter Konfrontation à la Reagan und Thatcher) und in der sozialen Rhetorik. Dynamische und flexible Märkte und eine klug gesteuerte Innovationspolitik (Finanzwirtschaft, Internet usw.) sollten in Europa eine »New Economy« mit mehr Wachstum und Beschäftigung wie im US-Boom der 1990er-Jahre schaffen. Der »aktivierende Sozialstaat« mit seiner Politik des Förderns und Forderns sollte allen die Möglichkeit und relative Sicherheit eröffnen, die daraus entstehenden Chancen auf Arbeit und Teilhabe an den steigenden Finanzmarktrenditen (kapitalgedeckte Renten, private Eigenvorsorge) zu nutzen. »Flexibilität und Sicherheit« (Flexicurity) und »Vollbeschäftigung durch gestärktes Wachstum« waren die zentralen Versprechen dieser »sozial-liberalistischen« Variante des Neoliberalismus.

Die französischen Sozialisten unter Jospin hielten zwar ideologisch Distanz zum »Dritten Weg«. Ihre Regierung privatisierte aber mehr Unternehmen mit Staatsbeteiligung als alle linken und rechten Vorgängerregierungen zusammengenommen (Budgen 2002). Die Sozialleistungen wurden auf einem niedrigen Niveau eingefroren, die Einführung der 35-Stunden-Woche war mit einer Flexibilisierung der betrieblichen Arbeitszeiten nach deutschem Vorbild verbunden. Als Dominique Strauss-Kahn nach der verheerenden Niederlage des sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin bei den Präsidentschaftswahlen 2002 vehement eine Erhöhung des Mindestlohns (SMIC) und der Sozialhilfe (RMI) forderte, antwortete die siegreiche bürgerliche UMP höhnisch, aber nicht zu Unrecht, dies zu tun hätte die sozialistische Regierung ja fünf Jahre Zeit gehabt.

Die schwedische Sozialdemokratie liberalisierte in den späten 1990er-Jahren die Postdienstleistungen und den öffentlichen Personennahverkehr bereits, bevor die EU-Kommission die ersten Binnenmarktrichtli-



nien dazu vorlegte. 1999 boxte sie eine radikale Rentenreform durch, die sogar die gesetzliche Altersvorsorge auf das Kapitaldeckungsprinzip umstellte. Das viel gelobte ›nordische Sozialmodell‹ wurde nicht erst seit dem Regierungswechsel 2006 zu den Konservativen geschleift. Auch in Osteuropa erwiesen sich die sozialdemokratischen Parteien zum Beispiel Polens (SLD) und Ungarns (MSZP) als Zauberlehrlinge neoliberaler Wirtschaftspolitik und Austerität im Rahmen der von der EU verlangten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (Kostrzebski 2003; Pollit 2007; Toth u.a. 2012). Die drastischen Steuer- und Sozialstaatsreformen von Rot-Grün in Deutschland 1998 bis 2005 (›Agenda 2010‹) lassen die Einschnitte in den 16 Jahren der Ära Helmut Kohl als vergleichsweise milde erscheinen. Die Liste lässt sich fortsetzen, eine erschöpfende Behandlung ist im Rahmen dieses Beitrags nicht möglich.

Obwohl der börsengetriebene Wirtschaftsaufschwung in der EU zwischen 1997 und 2000 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von deutlich über zwei Prozent erbrachte und die offiziellen Arbeitslosenzahlen moderat sanken, wollte sich bei den unteren und mittleren Einkommensschichten das Gefühl von ›Sicherheit im Wandel‹ nicht einstellen. Was wuchs, waren überwiegend prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Als Folge der ›Aktivierungspolitik‹ herrschte vor allem im unteren Segment des Arbeitsmarkts ein harter Konkurrenzdruck für Arbeitssuchende wie Beschäftigte. Die Einkommens- und Lebenssituation der von staatlichen Sozialtransfers abhängigen Teile der Bevölkerung (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw.) verschlechterte sich eher. All dies führte bereits während dieser Aufschwungjahre dazu, dass sich die Schichten, die im Volksmund als ›kleine Leute‹ bezeichnet werden, von der Mitte-Links-Politik deutlich entfremdeten. Der globalisierungs- und EU-verherrlichende Diskurs der Mitte-Links-Parteien war gerade in den einfachen, ›populären‹ Milieus der Gesellschaft, die vormals ein verlässlicher Teil ihrer Stammwählerschaft waren, kulturell und kommunikativ nicht mehr anschlussfähig.

Als die New-Economy-Spekulationsblasen 2000 und 2001 in mehreren Schüben platzten und in einen weltweiten Abschwung mündeten, war auch der Anfang vom Ende der meisten Mitte-Links-Bündnisse in Europa eingeleitet. Es folgte eine Welle des Rechtspopulismus (Front National in Frankreich, Liste Pim Fortuyn in Holland, Dänische Volkspartei usw.) und die Wiederkehr der Konservativen. 2001 siegte Berlusconi in Italien, die rechtsliberale Venstre von Anders Fogh Rasmussen in Dänemark, 2002 Barrosos konservative PSD in Portugal, Chiracs UMP in Frankreich, die Konservativen in den Niederlanden, und 2003 verlor die Regenbogenkoalition in Finnland die Mehrheit.



Die in den 1990er-Jahren hoch gelobten ›Jobwundermodelle‹ der Niederlande und Dänemarks erwischte die neue Welle von Rechts besonders hart. Nicht hohe Arbeitslosenzahlen, sondern allein die Aussicht auf einen sozialen und wirtschaftlichen Abstieg entfachte dort eine wahre Massenhysterie. Sie richtet sich gegen alle potenziellen Konkurrenten sowohl auf dem hochflexiblen Arbeitsmarkt als auch um die geschrumpften Sozialetats: Immigranten, Arme, Erwerbslose. Sie alle wurden die neuen Feinde jener, die in ihrer sozialen Stellung gefährdet waren. Der ›Dritte Weg‹ der europäischen Sozialdemokratie blieb so nur eine Formation für eine kurze Schönwetterperiode. Sein autoritärer Duktus – die Selbststilisierung als hemdsärmelige Macher, die Unternehmer und Gewerkschaften zum Konsens über einen Strukturwandel für gestärkte Wettbewerbsfähigkeit zwingen; die Jagd auf ›Faulenzer‹ und ›Drückeberger‹ in der ›sozialen Hängematte‹ – hatte selbst die Lunte gelegt, die Konservative und Rechtspopulisten dann zünden konnten. Die Fiktion einer sozialdemokratischen ›neuen Mitte‹ zerstoß in alle Richtungen – von massiver Wahlenthaltung bis zum rechtspopulistischen Protest.

### »Modernisierung oder Tod«

New Labour in Grossbritannien konnte sich immerhin über drei Legislaturperioden hinweg bis 2010 an der Regierung halten – allerdings mit von Wahl zu Wahl deutlich abnehmender Wählerzustimmung und -beteiligung (Gott 2005). Die britischen Tories erschienen selbst vielen MittelschichtwählerInnen als zu abstossend. Das änderte sich erst mit David Camerons Selbststilisierung im Sinne eines »mitfühlenden und ökologisch aufgeschlossenen Konservatismus«.

Rot-Grün in Deutschland überstand die Bundestagswahl 2002 nur, weil Kanzler Gerhard Schröder mit seiner Weigerung, deutsche Truppen für George Bushs Irak-Krieg zu stellen, die Stimmung in der deutschen Bevölkerung gut erfasste. Logistische Unterstützung für den Krieg der von Bush und Blair geführten ›Koalition der Willigen‹ gegen den Irak stellten die selbst ernannten Friedensapostel Schröder und Fischer aber dennoch zur Verfügung. Kaum wieder im Amt, wurden auch die dröhnenden Wahlkampfparolen gegen Angela Merkels »Politik der sozialen Kälte« eingemottet und der neo-liberale Kurs der vorangegangenen Amtsperiode mit Hartz-Reformen und Agenda 2010 radikalisiert.

Auf EU-Ebene arrangierte man sich mit den Rechtsregierungen: gemeinsamer Kampf gegen den ›internationalen Terrorismus‹ mit der Einschränkung von Bürgerrechten nach 9/11 (2001), Ausbau der Festung Europa durch Stopp von Flüchtlingen und Migranten an den EU-Aus-



sengrenzen, Ausbau der Rüstungszusammenarbeit und gemeinsamer EU-Kampftruppen (Battle Groups), Unterstützung des NATO-Kriegs in Afghanistan wie zuvor Ende der 1990er-Jahre beim NATO-Angriff auf Jugoslawien. Neoliberale ›Strukturreformen‹ (Liberalisierung der Finanz-, Güter- und Dienstleistungsmärkte, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Rentenreformen usw.) wurden im Rahmen der Lissabonstrategie der EU stets vertieft und die Austeritätspolitik verschärft – und dies im Konsens zwischen den verbliebenen Mitte-Links-Regierungen und der in der EU nun tonangebenden Rechten.

Zwar konnte Mitte-Links in der sehr moderaten wirtschaftlichen Erholung nach dem Zusammenbruch der New Economy zwischen 2004 und Ende 2007 vorwiegend in den südlichen EU-Ländern wieder knapp Wahlen gewinnen – Portugals Sozialdemokraten 2005 und 2009, die spanischen Sozialisten unter Zapatero 2004 und 2008, und das Unions-Bündnis von Romano Prodi 2006 in Italien mit einem marginalen Vorsprung von rund 30'000 Stimmen gegen den rechten Block von Berlusconi. Papandreu PASOK gewann die Wahlen in Griechenland im Kontext der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 mit heissen Versprechungen zum Wiederaufbau des Sozialstaats und einer auf Sonnenenergie basierenden Re-Industrialisierungsstrategie.

Fazit: Auch diese Mitte-Links-Formationen blieben stets auf ›sozial-liberalistischem‹ Kurs. Treu stand man weiterhin zum NATO-Krieg in Afghanistan.<sup>4</sup> Was immer im Wahlkampf versprochen worden war, um eine bessere ›soziale Balance‹ herzustellen, wurde im Wesentlichen nicht eingelöst. Die neoliberalen Strukturreformen der rechten Vorgängerregierungen wurden im Kern nicht zurückgenommen. Vielmehr wurde mit einer Rhetorik der notwendigen ›Modernisierung‹ von Wirtschaft, Bildungssystemen und Infrastrukturen die Liberalisierungspolitik gemäss den EU-Vorgaben fortgesetzt. In punkto »Konsolidierung der Staatsfinanzen« durch den ›Rückbau‹ öffentlicher Dienste waren die spanischen, italienischen und portugiesischen Mitte-Links-Formationen (wie zuvor Rot-Grün in Deutschland) härter als ihre rechten Vorgänger (Lopez/Rodriguez 2011; Anderson 2009).

So war es nur konsequent, dass die europäische Sozialdemokratie nach dem kurzen Zwischenspiel nationalstaatlicher ›Konjunkturprogramme‹ (2009/2010) nach dem Motto »Rette sich wer kann, und jeder gegen jeden« (Dräger/Wehr 2010) die Formeln der Austerität, Deflationpolitik und vertiefter neoliberaler Strukturreformen zur »Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit«, die sie schon zuvor im Grundsatz anerkannt hatte, als »alternativlos« unterstützte. In den Mitte-Links-regierten Ländern, die zu strikten Auflagen der Troika von Europäischer Kommissi-





on, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) unter ›EU-Rettungsschirme‹ gezwungen wurden (Ungarn, Griechenland, Portugal), opferten die sozialdemokratischen Regierungschefs ihre Parteien, um den von der Krise angeschlagenen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu stabilisieren (Wehr 2011). Nachdem Irland 2010 in die gleiche Lage kam, unterstellte sich nach den Neuwahlen auch die Labour Party als Juniorpartner einer ›Großen Koalition‹ den einschlägigen Troika-Diktaten (Finn 2011). In mehreren Schüben wurden in diesen Ländern immer weiter radikalisierte Einschnitte bei öffentlichen Investitionen, den verbliebenen Resten des Sozialstaats und der öffentlichen Dienste verhängt; Tarifverträge wurden ausgehebelt, das Arbeitsrecht weiter dereguliert, Gewerkschaftsrechte eingeschränkt, Löhne und Renten im öffentlichen wie privaten Sektor gekürzt, und so weiter.

Um das »Vertrauen der Finanzmärkte« wiederzugewinnen, tat der sozialistische Regierungschef Zapatero in Spanien das Gleiche. Papandreu in Griechenland warb angesichts des wachsenden Widerstands sozialdemokratischer Gewerkschaften gegen seine Politik für eine »Regierung der nationalen Einheit«. Er war erleichtert, als auf Druck der Troika eine ›Expertenregierung‹ unter dem früheren Zentralbankchef Papademos die PASOK-Alleinregierung ablöste und sowohl die konservative ND als auch die rechtsextreme LAOS in eine Koalition einband (Kouvelakis 2011). Auch die italienischen Democratici waren erfreut, als der kombinierte Druck von Finanzmärkten, EZB und der deutschen Regierung Berlusconi zum Amtsverzicht zwang und mit dem ehemaligen EU-Binnenmarkt-Kommissar Mario Monti an der Spitze eine weitere ›Expertenregierung‹ ohne Neuwahlen installiert wurde. So mussten sie nicht fürchten, für die ›Drecksarbeit‹ verantwortlich gemacht zu werden, welche die PD nach einer möglicherweise gewonnenen demokratischen Wahl selber auch für unumgänglich hielt. Die so erzwungenen »zivilen Juntas« (Halimi 2012) in Italien und Griechenland sowie der Übergang zu einem autoritären »deutschen Europa« (economic governance, Euro-Plus-Pakt, Fiskalvertrag usw., vgl. Dräger 2011, 2011a) wurde von der Mehrheit der Mitte-Links-Parteien in Europa (Sozialdemokraten und Grüne) vorbehaltlos mitgetragen. In das politische Vakuum, das dieser weitgehende wirtschafts- und sozialpolitische Gleichklang zwischen Mitte-Links und Rechts hinterliess, stiessen erneut die Rechtspopulisten: Front National in Frankreich, Schwedendemokraten, Wahre Finnen, Geert Wilders PVV in den Niederlanden usw.<sup>5</sup>



## Erwartungen auf der ganzen Linie enttäuscht

Die Erwartungen an eine sozialere Politik in Europa, die Hollande im Wahlkampf mit seiner Forderung, den Fiskalpakt neu zu verhandeln, geweckt hatte, wurden beim EU-Gipfel Ende Juni 2012 auf der ganzen Linie enttäuscht. Der Fiskalpakt bleibt unverändert, der ihn begleitende ›Wachstumspakt‹ basiert auf ungedeckten Schecks. Die 120 Milliarden Euro für die Wachstumsinitiative sollen durch die Umwidmung von 55 Milliarden Euro aus – bisher angeblich ungenutzten – EU-Strukturfördermitteln, durch die Aufstockung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank um zehn Milliarden Euro (womit sie angeblich ein Kreditvolumen von 60 Milliarden Euro ›hebeln‹ kann) sowie 4,5 Milliarden Euro privater Investitionen über EU-Projektbonds zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben mobilisiert werden. Ob angesichts der harten Ausgabenkürzungen in den südlichen und östlichen Peripherieländern der EU dort überhaupt entsprechende Investitionsprojekte an den Start gebracht werden – diese müssen von den Mitgliedstaaten ja kofinanziert werden –, ist unsicher.

Elie Cohen von der französischen Denkfabrik Telos rechnet vor: »Diese Initiative (...) mobilisiert etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU, das heisst jährlich etwa 0,2 Prozent des BIP, wenn die Massnahmen sich über fünf Jahre erstrecken. Nur schon für Frankreich bedeutet aber die Einhaltung des geplanten Defizitabbaus einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent allein im Jahr 2013!« Trotzdem sei dies ein Erfolg für Hollande, meint Cohen. Wenn man symbolische Politik für einen praktischen Erfolg hält, nun ja – so wie es weiland Lionel Jospin ›gelingen‹ war, Theo Waigels »Stabilitätspakt für den Euro« zum »Stabilitäts- und Wachstumspakt« umzutaufen.

Weit wichtiger ist die Regelung, die Monti, Rajoy und Hollande beim EU-Gipfel mit verteilten Rollen durchgesetzt haben, nämlich dass der Euro-Rettungsfonds ESM künftig direkt Kapital an marode Banken vergeben kann und seine Kredite auch nicht mehr vorrangig vor den Forderungen privater Gläubiger bedient werden müssen, falls diese trotz der Hilfen pleite gehen. So sollen die Finanzmärkte beruhigt und der Auftrieb bei Risikoaufschlägen für italienische und spanische Staatsanleihen gestoppt werden. Damit wird eine europäische Haftungsgemeinschaft und Transferunion besonderer Art errichtet: Die Steuerzahler bluten für die Verluste der Banken und Finanzjongleure, private Schulden werden so ›vergesellschaftet‹. Der demokratische Souverän wird entmachtet, weil nicht mehr die Parlamente der Mitgliedstaaten, sondern der Gouverneursrat des ESM entscheidet, der keinem demokratischen Organ rechenschaftspflichtig ist.



Das ›soziale Europa‹ wird auch mit Hollande weiterhin nicht stattfinden, der von der EU forcierte Demokratieabbau fortgesetzt. Die von manchen auf der ›Linken der Linken‹ ersehnte ›Linkswende in Europa‹ ist eine Fata Morgana. Ob ihr aus oft widersprüchlichen Elementen zusammengerührter ›Eurokeynesianismus‹ ausreichen würde, die grosse Rezession seit 2007 und die Eurokrise zu überwinden, darf ebenfalls bezweifelt werden (Anderson 2012).

## Anmerkungen

- 1 Serge Halimi, Jonathan Michie and Seumas Milne: The Mitterrand experience. In: Unemployment in Europe. Jonathan Michie and John Grieve Smith, eds., London, Harcourt Brace and Co., 1996, S. 113f.
- 2 Zitiert nach ›Le Monde diplomatique‹ vom November 2011, S. 14.
- 3 Die absolute Mehrheit der PS in der Nationalversammlung ist dem Mehrheitswahlrecht geschuldet. Nimmt man das Ergebnis der ersten Runde der Wahlen als Indikator für die Stärke der Parteien, so kam die PS nur auf 30 Prozent, Sarkozys UMP auf 27 Prozent und die Front National auf 13,6 Prozent. Das rechte und bürgerliche Spektrum (UMP, FN) kam zusammen mit seinen vielen kleineren Listen auf 52 Prozent, hätte aber aus politischen Gründen wohl keine Koalition bilden können. Das Bündnis von PS, Grünen (5,5%) und diversen Linken (5%) kam zusammen auf 40 Prozent und hätte bei einem Verhältniswahlrecht die sieben Prozent der Front de Gauche und die ein Prozent der extremen Linken (NPA, Lutte Ouvriere) benötigt, um eine ›linke Regierung‹ aufstellen zu können.
- 4 In Italien exkommunizierte selbst die sich als radikal-links gebärdende Rifondazione Comunista zwei Senatoren aus ihren Reihen, die getreu der geltenden Parteilinie, den Afghanistan-Krieg abzulehnen, gegen eine Verlängerung des italienischen Einsatzes stimmten. Das ›übergeordnete‹ Anliegen, die knappe Mehrheit des Unione-Bündnisses im Senat zu erhalten, war wichtiger.
- 5 In Schweden, Italien und Deutschland fand die Unzufriedenheit mit der politischen Klasse ein Ventil im Erstarken von im Kern liberalen ›Anti-Politik‹-Formationen wie den Piraten oder der Liste Beppe Grillo – ein Zeichen der politischen Ratlosigkeit der ›Wutbürger‹.



## Literatur

- Anderson, Perry (2009): Italy – an invertebrate Left. London Review of Books, 12.3.2009.
- Anderson, Perry (2012): After the Event. In: New Left Review 73, January/February 2012.
- Birnbaum, Norman (1999): Europas Unterwerfung. In: Die Woche vom 28.3.1999.
- Budgen, Sebastian (2002): The French Fiasco. In: New Left Review 17.
- Cohen, Elie (2012): L'initiative de croissance Hollande. Telos, 25.6.2012.
- Dräger, Klaus (2004): Radikale ›Sozialstaatsreform‹ in Europa. In: Das Argument 256, 46. Jg., Heft 3/4 2004.
- Dräger, Klaus und Wehr, Andreas (2010): Die EU und die Krise – die ›ewige Wiederkehr des Gleichen‹. In: Jürgen Klute (Hg.): Jeder gegen Jeden? Die EU und die Krise. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2010, Hamburg.
- [www.dielinke-europa.eu/article/7065.die-eu-und-die-krise-supplement-der-zeitschrift-sozialismus-1-2010.html](http://www.dielinke-europa.eu/article/7065.die-eu-und-die-krise-supplement-der-zeitschrift-sozialismus-1-2010.html)
- Dräger, Klaus (2011): Sado-monetarism rules ok?! EU Economic Governance and its consequences. Analysis and Reflection Paper for the 17th Euromemo Conference in Vienna, 16 – 18 September 2011, Cologne, 3 September;
- [www2.euromemorandum.eu/uploads/background\\_paper\\_draeger\\_sado\\_monetarism\\_rules\\_ok\\_eu\\_economic\\_governance\\_and\\_its\\_consequences.pdf](http://www2.euromemorandum.eu/uploads/background_paper_draeger_sado_monetarism_rules_ok_eu_economic_governance_and_its_consequences.pdf)
- Dräger, Klaus (2011a): Europäische Wirtschaftsregierung. EU auf dem Weg zum ›Deutschen Europa‹? In: Widerspruch 61, 31. Jg./2. Halbjahr 2011.
- Finn, Daniel (2011): Ireland on the Turn? In: New Left Review 67, January/February 2011.
- Gott, Richard (2005): The Third Crusade. In: New Left Review 33, May/June 2005.
- Halimi, Serge (2011): Zivile Juntas. In: Le Monde diplomatique Nr. 9671 vom 9.12.2011.
- Kostrzebski, Karol (2003): Die Krise in der polnischen SLD.
- [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/leftparties/pdfs/Kostrzebski\\_SLD\\_d.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/leftparties/pdfs/Kostrzebski_SLD_d.pdf)
- Kouvelakis, Stathis (2011): The Greek Cauldron. In: New Left Review 72, November/December 2011.
- Lopez, Isidro und Rodriguez, Emmanuel (2011): The Spanish Model. In: New Left Review 69, May/June 2011.
- Pollit, Holger (2007): Von Siegern, Verlierern und Ernüchterten. In: Sozialismus 11/2007.
- Toth, Andras; Neumann, Laszlo; Hosszu, Hortenzia (2012): Hungary's full-blown malaise. In: Steffen Lehndorff (ed.): A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis. Brussels.
- Wehr, Andreas (2011): Griechenland, die Krise und der Euro. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Köln.